

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 62. TELEFON 53077,
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: KARL KERN, PRAG.



16. Jahrgang

Donnerstag, 22. Oktober 1936

Nr. 246

Madrid in Erwartung des Angriffs

Azaña in Barcelona — Madrider Kinder aufs Land
Erfolge bei Huesca

Barcelona. (Gavás.) Der Präsident der spanischen Republik Azaña begab sich Mittwochs vormittags in das Gebäude des katalanischen Parlaments, wo seine Kanzlei und in den Nebenräumen sein Militärkabinett und sein Sekretariat eingerichtet wurden. Die offizielle Kanzlei des Präsidenten befindet sich in den Räumen, welche früher der Vorsitzende des Parlaments innehatte. Am Nachmittag traf in Barcelona eine Eskadron der republikanischen Garde ein, deren eine Teil ebenfalls im Parlamentsgebäude untergebracht wurde, während der Rest in verschiedenen Kasernen einquartiert wird.

Madrid. Der amtliche Bericht der Regierung besagt: An der Nordfront setzen die Regierungstruppen die große Schlacht gegen die Aufständischen in der Richtung Oviedo fort. Die Bergarbeiter kämpfen mit großem Mut und fügen den Aufständischen ungeheure Verluste zu.

An der Aragon-Front hat ein Regierungsflugzeug drei Flugzeuge der Aufständischen abgeschossen. Die Wunden der Aufständischen, welche die Regierungsabteilungen zu überraschen versuchte, wurde zurückgeschlagen und ließ 25 Tote auf dem Kampffeld. Die Regierungstruppen besetzen nunmehr zahlreiche Gebäude in Huesca und rieben eine Eskadron maurischer Kavallerie auf.

An der Guadarrama-Front ist es Regierungstruppen gelungen, den Feind nordöstlich von Nabeles de Chavala zu überraschen, wo 25 Aufständische getötet wurden. Drei mächtige Regierungstruppenabteilungen begannen einen großen Angriff im Tajo-Abschnitt. Die Aufständischen sind mit schweren Verlusten zurückgeworfen worden.

Vor 14 Tagen wurde in Madrid mit der Evakuierung der Kinder begonnen, die nach Murcia, Valencia und Barcelona übergeführt wurden. Das Schuljahr in Madrid, wo über 90.000 schulpflichtige Kinder sind, hat heuer im Herbst überhaupt noch nicht begonnen. Die Evakuierung der Kinder wurde im Hinblick auf die Nähe der Kampffront und die mangelnde Nahrungsmittelversorgung Madrids vorgenommen. Aus Madrid sollen alle Kinder evakuiert werden. Es werden mit ihnen auch die Lehrer und Ärzte in die Provinz fahren, wo die Kinder die Schulen besuchen werden.

Während die Regierung bemüht ist, die Neuorganisation der Miliz nach rein militärischen

Dégrelles „Marsch auf Brüssel“

Brüssel. (Gavás.) Der Kampf zwischen der Regierung und den Nazisten tritt plötzlich in eine gespannte Atmosphäre ein, da der Führer der Nazisten Dégrelles mitteilt hat, daß er am Sonntag mit 200.000 organisierten Parteimitgliedern auf Brüssel marschieren werde und daß diese „die Regierung von Brüssel hinwegjagen“ würden. Diese Manifestation fällt auf den gleichen Tag wie der sozialistische Kongress in der belgischen Hauptstadt und die sozialistische Partei steht darin eine ausgesprochene Provokation der Nazisten. Man nimmt an, daß zu dem sozialistischen Kongress mehr als 100.000 Personen zusammenkommen werden. Die interministerielle Kommission, die Mittwoch abends zusammentritt, wird zur Sicherung der Ordnung beschlossene fassen.

Dégrelles von Berlin beraten

Brüssel. Der katholische Abgeordnete Bobart erklärte öffentlich, daß der Naziführer Dégrelles vor der Vereinigung der Nazisten mit den vlämischen Nationalisten am 27. September in Berlin gewesen sei und im deutschen Außenministerium verhandelt habe.

Gefichtspunkten zu beschleunigen, wird das Organisationsproblem gerade durch den Massenstrom von Freiwilligen erschwert, die sich in Madrid zur Verteidigung melden und erklären, gegen der Parole Caballeros, bis zum letzten Blutstropfen kämpfen zu lassen. Die Regierung vermeintlich keineswegs die Gefahr, die für Madrid besteht, ist aber andererseits überzeugt, daß ein Kampf um Madrid, in dem die dort zur Hand befindlichen zahlreichen Milizionäre sich so schlagen, wie sie sich in Brun, vor Oviedo und im Gebirge geschlagen haben, die Kräfte der Rebellen erschöpfen könnte, während zugleich in den Mittelmeerpro-

vinzen der weitere Kampf vorbereitet und materielle Reserven sowie Truppen bereitgestellt werden.

Die Aufständischen verbreiten absichtlich wilde Gerüchte, um Panik und Verwirrung anzustiften. So meldeten sie Mittwoch, daß Caballeros im Laufe einer Auseinandersetzung des Führer der rechtstehenden Sozialisten, Prieto, niedergeschossen habe. Die Regierung demontiert diese irreführende Nachricht auf das allerentschiedenste.

Neue Spanienkonferenz der Internationalen gefordert

Der Landesrat der englischen Arbeiterpartei hat beschlossen, die Einberufung einer Konferenz der SWP und des IOW nach Paris zu fordern, in der über die Lage in Spanien und die Frage der Neutralität beraten werden soll.

Leistung siegt über Demagogie

Der Erfolg des norwegischen Sozialismus

Oslo. Das endgültige Wahlergebnis steht nunmehr fest. Lediglich das Ergebnis aus einem einzigen Wahlkreis wird noch erwartet, das aber keine Verschiebung mehr bringen wird. Es ergaben: die Arbeiterpartei 71 Mandate (69), die Rechte 36 (30), die liberale Linke 23 (24), die Bauern 18 (23), die Christliche Volkspartei 2 (4), zusammen 150 Mandate.



Der norwegische Ministerpräsident Nygaardsvold

Oslo. (Eig. Ver.) Als die norwegische Arbeiterpartei 1933 die Regierung übernahm, war die Wirtschaftskrise auf dem Höhepunkt. Die Arbeitslosigkeit erreichte die Höhe um 100.000. Industrie und Landwirtschaft schienen einer Katastrophe entgegenzugehen. Die demokratisch eingestellte Bauernpartei radikalisierte so sehr, daß sie sich schließlich gegen die bürgerliche Regierung Nowinkel aussprach. Der Sozialdemokrat Nygaardsvold bildete eine rein sozialistische Regierung, die allerdings der Unterstützung der Bauern bedurfte, da sie mit ihren 69 Mandaten von 150 keine absolute Mehrheit hatte. Das großzügige Krisenprogramm dieser Regierung, dessen Vorbild das Krisenprogramm der schwedischen Sozialdemokratie war, führte neben der langsam einsetzenden allgemeinen Wirtschaftskonjunktur sehr bald zu einer Besserung der ökonomischen Verhältnisse. Diese Besserung fand ihren sichtbarsten Ausdruck in der ständig zurückgehenden Arbeitslosenstatistik. Die Maßnahmen der Regierung erstreckten sich u. a. auf den Ausbau des Verkehrsnetzes — Anlage neuer Verkehrswege —, das durch die bürgerliche Regierung außerordentlich vernachlässigt worden war. Dieser Schritt der Regierung führte sehr bald zu einer vermehrten Produktion in der Kraftwagenindustrie, wobei die Tendenz bestand, sich auf diesem Gebiete möglichst vom Ausland unabhängig zu machen, um den einheimischen Arbeitsmarkt zu entlasten. Ferner begünstigte die Regierung die weitere Elektrifizierung des Landes und setzte sich für neue

produktive industrielle Anlagen ein. Alle Maßnahmen der Regierung standen unter der Tendenz, durch staatliche Eingriffe Einfluß auf das Wirtschaftsleben zu erhalten. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft verhinderte sie durch bestimmte Preisfestsetzungen eine weitere Verschlechterung der Lage der Klein- und Mittelbauern.

Mit Recht konnte die Sozialdemokratie die Besserung der ökonomischen Verhältnisse zu ihren Gunsten buchen. Sie führte den Wahlkampf unter der Devise: „Norwegen für das Volk“ und „Das ganze Volk in Arbeit“. Sie verwies auf ihre sichtbaren Erfolge und kündigte gleichzeitig weitere Maßnahmen zur Besserung des Lebensstandards der Massen an. Die bürgerliche Opposition konnte die Argumente der Regierung nicht bestreiten. Sie mußte zugeben, daß die gegenwärtige Wirtschaftsepoch als Hochkonjunktur bezeichnet werden muß. Sie mußte weiter zugeben, daß die ständig steigenden Jollennahmen darauf schließen ließen, daß die norwegische Ein- und Ausfuhr einen sehr günstigen Stand erreicht hat. Auch die Finanzierungsmaßnahmen des Krisenprogramms der Regierung bot ihr keinerlei Propagandamöglichkeiten. Es konnte also damit gerechnet werden, daß der Ausgang der Wahlen für die norwegische Arbeiterpartei ein glänzendes Ergebnis bringen würde, zumal die Erfolge in den übrigen skandinavischen Staaten die psychologische Voraussetzung für eine schlagkräftige Agitation gaben. Aus Mangel an sachlichen Gegenargumenten bemühten sich die bürgerlichen Parteien der Trost-Affäre als Propagandawaffe gegen die norwegische Arbeiterpartei. Seit vielen Wochen brachte die bürgerliche Presse in sensationeller Aufmachung alle Meldungen in dieser Richtung. Die Konservativen bemühten den Notenumtausch mit dem guten Kundensowjetland, das die Auslieferung Trostis verlangte, als Wahlpropaganda. Es kann nicht bestritten werden, daß diese wochenlange Presselampagne auf einen Teil der kleinbürgerlichen Bevölkerung Eindruck gemacht hat. Dennoch enttäuscht das Wahlergebnis nicht. Die norwegische Arbeiterpartei gewann zwar nicht die absolute Mehrheit, aber sie erreichte eine weitere Stärkung ihrer parlamentarischen Stellung. Ihre Stimmzahl erhöhte sich um über 100.000, wobei festzustellen ist, daß sie weit über den großen Teil der Neuwähler für sich gewinnen konnte. Katastrophal ist der Wahlausgang für die Oustling-Faschisten, die, trotzdem sie von der Gestapo finanziert werden und durch den Einbruch der Trostis über die Grenzen Norwegens bekannt wurden, bei einer stärkeren Wahlbeteiligung nicht nur kein Mandat erhielten, sondern auch einen Stimmenverlust gegenüber 1933 zu verzeichnen haben. Obwohl die Arbeiterpartei die absolute Majorität im Storting nicht gewinnen konnte, kann mit einer Verbeibehaltung des gegenwärtigen Regierungskurses gerechnet werden, da die Bauernpartei, obwohl sie einige Mandate eingebüßt hat, nach wie vor an eine enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterpartei interessiert ist.

Umgruppierung auf der tschechischen Rechten

Innerhalb der tschechischen Rechten vollzieht sich eine Umgruppierung, die auch von der deutschen Öffentlichkeit nicht übersehen werden soll. Das „Národní sjednocení“ (Nationale Vereinigung), einst die Hoffnung der tschechischen Reaktion, befindet sich im Zustande allmählicher Zerlegung und Auflösung.

Die „Nationale Vereinigung“ ist vor den Wahlen von 1935 durch den Zusammenschluß der von Aramák und Hodák geführten nationaldemokratischen Partei und der von Stikbrný geleiteten „Liga“ entstanden. Durch diese Verbindung hoffte die Partei des Industriellen und Finanzkapitals die ihr fehlende Volkstümlichkeit zu gewinnen. Stikbrný sollte ihr die Prager Gasse in hellen Haufen zuführen. Aber das Schiff, das da mit vollen Segeln ins Meer hinausfuhr, strandete bald, statt mit 40 bis 50 Mann lehrten die „Vereinigten“ nur mit einem Fährlein von 16 Aufkräften ins Abgeordnetenhaus zurück, der für den Wahlkampf verantwortliche Parteiführer Dr. Hodák, einst Generalsekretär und Allgewaltiger im Industriellenverband, war auf der Strecke geblieben.

Nach den Wahlen haben einzelne der ehemaligen nationaldemokratischen Funktionäre eingesehen, daß die Verbindung mit Stikbrný für sie ein schlechtes Geschäft gewesen ist. Die Liga hatte ihnen wenig Stimmen gebracht, aber die Partei derart kompromittiert, daß eine Reihe angesehener Männer die Nationaldemokratie verließen. Seit einem Jahre toben in der „Nationalen Vereinigung“ heftige Kämpfe, welche nach und nach die Partei aktionsunfähig machen. Heute gibt es darin drei Richtungen, von denen sich die eine um die Abgeordneten Nezel und Horák, die andere um Dr. Hodák und die dritte um Stikbrný gruppiert. Besonders heftig ist der Gegensatz zwischen Hodák und Stikbrný, der es verhindert hat, daß der Parteitag einberufen werden konnte. Hodák Stellung ist insbesondere unter der Parteijugend stark und diese hat am Sonntag den Redakteur des „Polevní list“, Werner, die rechte Hand Stikbrnýs, ausgegliedert. Daraufhin hat Werner ein Flugblatt herausgegeben, in welchem nicht nur Hodák angegriffen, sondern auch die Kassaführung der Jugendorganisation verächtlich und obendrein behauptet wird, daß die Industriellen und Kartellisten die Jugend korumpieren. So entwickelten sich die Gegensätze innerhalb der „Nationalen Vereinigung“ zu einer Schärfe, die den Zerfall dieses noch nicht zwei Jahre bestehenden Parteigebildes in seine ursprünglichen Bestandteile — Nationaldemokraten und Liga — als durchaus möglich erscheinen lassen.

Der mögliche Zerfall der Vereinigung, welche der Kern einer faschistischen Bewegung werden sollte, wird auf die Umgruppierung der tschechischen Rechten nicht ohne Folgen bleiben. Daß es zu einer Vereinigung der Stikbrný-Leute mit der Faschistengemeinde Gavdas kommen kann — wie tschechische Wähler andeuten — ist von keiner besonderen Bedeutung, der Glorionschein um das Haupt des einseitigen Generals ist längst verblasst. Von weit größerer politischer Bedeutung ist die Fühlungnahme des rechten Flügels der Agrarier mit Stikbrný. Trotz der Mißerfolge, welche die fiamessischen Jwilligen Brany und Kahánek bisher erlitten haben, gibt der reaktionäre und halb-faschistische Flügel der Agrarier — das sind dieselben Leute, welche mit der SWP koalitierten — die Hoffnung nicht auf, zur Macht zu gelangen und ist bereit, sich gegen die Linke mit Tod und Teufel zu verbinden. Es ist bekannt, daß in der letzten Zeit die Freundschaft der Industrie und des Finanzkapitals mit den grünen reaktionären Jaderfabrikanten, Spiritusbrennereien und Metallgüßbesitzern enger geworden ist und wie diese Gesellschaft es wagt, sogar gegen die im Geiste Marxs und Lenins geführte Außenpolitik des Staates aufzutreten. Die gelegentlichen Liebeserklärungen des agrarischen Hauptblattes an Konrad Genlein und die außenpolitischen Seitenhiebe sind in gewissen Kreisen der republikanischen Partei auf einschließenden Widerstand gestoßen, weil eine solche Politik niemandem mehr schadet als der Agrarpartei selbst. Die besonnenen Elemente der republikanischen Partei wollen nicht, daß sie Brany in eine zweite Niederlage führe, wie es jene bei der Präsidentenwahl gewesen ist. Die Agrarpartei kann ihre füh-

